

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

als Friedrich Merz im dritten Anlauf schließlich CDU-Vorsitzender wurde, war klar, daß er auch jenen, noch bedeutenden Parteiflügel einbeziehen muß, der in Vasallentreue zur abgedankten Parteichefin und Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel steht. Es ist ein Parteiflügel, der aus Merz' Perspektive in der Mitte angesiedelt sein sollte und der aus Sicht der 1980er-Jahre-CDU weit links stand und steht. Gleichwohl war zu erwarten, daß Merz seiner eigenen Machtbasis zuliebe den „Merkelianern“ das eine oder andere Zugeständnis machen wird. Doch was Merz gegenwärtig treibt, muß eher als „Selbstdemontage“ bezeichnet werden.

Während er in einem Interview mit der „Welt“ die unter dem Begriff „Cancel-Culture“ bekannte Zensurkultur unserer Tage noch als die größte Gefahr für die Meinungsfreiheit bezeichnete, unterwarf er sich nur wenige Tage später überaus willfährig genau diesem Meinungsdictat, indem er seine Teilnahmezusage an einer konservativen Debattenveranstaltung in Berlin wieder zurückzog.

Eigentlich sollte Merz Ende August gemeinsam mit dem amerikanischen Senator und Trump-Unterstützer Lindsey Graham, dem Publizisten Henryk M. Broder und dem Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel auftreten. Die beiden Letztgenannten sind dafür bekannt, bissig und pointiert für konservativ-liberale Werte zu streiten. Merz würde sich deshalb mit seiner Teilnahme an dieser Veranstaltung unmöglich machen, zeternten sofort einige Politiker von SPD und Grünen. Doch statt hier nun Rückgrat und Haltung zu zeigen, knickte der CDU-Chef schon wenig später ein und sagte seine Teilnahme ab. Hauptsächlicher Grund hierfür sei der Name des Rechtsanwalts Steinhöfel auf der Teilnehmerliste gewesen, hieß es dazu aus Merz' Umfeld.

Merz' Absagebegründung war und ist alleine schon deshalb absurd, weil er laut Veranstaltungsplanung gar nicht gemeinsam mit Steinhöfel auf der Bühne gewesen wäre. Und auch die aus der linken politischen Ecke gegen Steinhöfel erhobenen Vorwürfe wirken sehr konstruiert. Sie laufen im Endeffekt auf den Vorwurf hinaus, gemäßigte AfD-Kräfte in gegen weniger gemäßigte Kräfte durchgeführten Ausschlußverfahren unterstützt zu haben.

Weitaus bekannter ist Steinhöfel allerdings für sein wiederholtes Vorgehen gegen u.a. Facebook und Google, die die Wahrung des Grundrechts der Meinungsfreiheit immer wieder einmal hinter ihr Profitstreben stellten. Steinhöfel führte hier einige Gerichtsverfahren, die er auch gewann. Er kämpfte damit bereits gegen den Zensurwahn, als dieser noch nicht mit dem Anglizismus „Cancel-Culture“ verharmlosend umschrieben war. Weil die damit von Steinhöfel hochgehaltene Meinungsfreiheit zum Fundament jeder bürgerlichen Gesellschaft zählt, ist es nur falsch und dumm, wenn konservative Politiker ihn zu meiden trachten!

Leider kann Merz' Absage nicht als Mißverständnis oder Ausrutscher abgetan werden. Er ließ sich dafür schon viel zu oft von den Linken inner- und außerhalb der CDU treiben. Im vergangenen Jahr ging er auf einem Parteitag beispielsweise ernsthaft auf den lächerlichen Vorwurf ein, daß er ein grundsätzliches Problem mit Frauen habe. Dies könnte er jetzt aber bald bekommen, denn sollte eine von ihm mitinitiierte Frauenquote bis hinunter zu den Parteivorständen auf Kreisebene Wirklichkeit werden, das weiß man schon heute, dürfte eine adäquate Besetzung aller Posten an einem akuten Frauenmangel scheitern. In der CDU sind nun einmal drei Viertel der Mitglieder männlichen Geschlechts – und auch bei den schon seit einiger Zeit „Frauen-bewegten“ Grünen überwiegen bei den Mitgliedern die Männer.

Es war eine für geraume Zeit schweigende konservative Mehrheit an der Parteibasis, die Merz über zwei mißlungene Anläufe zum Parteivorsitz auch beim dritten und schließlich erfolgreichen Mal die Stange hielt. Eine Gesprächsverweigerung mit konservativ-liberalen Köpfen, die sich Merz gewissermaßen von SPD und Grünen diktieren ließ, kommt dort sicherlich genauso schlecht an wie sein Versuch, grün-linke Dogmen in die CDU zu tragen. Offenbar ist Merz sich der Zuneigung seiner Unterstützer viel zu sicher und er unterschätzt die Wirkung seines Fremdelns mit bürgerlichen Prinzipien. US-Senator Lindsey Graham sah in Merz' Rückzieher jedenfalls keine Lappalie. Als der CDU-Chef verkündete, trotz der Veranstaltungs-Absage zu einem Gespräch mit dem US-Senator verabredet zu sein, gab dieser nur wenige Stunden später bekannt, sich unter diesen Voraussetzungen nicht mehr mit Merz treffen zu wollen, weil er dessen Verhalten für falsch erachte. Für die Gegner von Merz und der CDU insgesamt hätte es wohl kaum besser laufen können – Merz sei Dank . . .! (tb)

2 **USA: Unterstützung für Israel nimmt ab**

In den USA sinkt die Zahl derjenigen Amerikaner, die den jüdischen Staat unterstützen. Laut jüngsten Umfragen tun dies noch etwa 55 % der Amerikaner, vor einem Jahrzehnt waren es noch rund 61 %. Dieser Trend dürfte sich vor allem deshalb noch fortsetzen, weil eine ablehnende Haltung gegenüber Israel bei den jüngeren Amerikanern verbreiteter ist als bei den älteren. Ein anderes, in den „offiziellen“ Medien der USA und Westeuropas aber nicht verbreitetes Umfrageergebnis ist die Erkenntnis, daß unter den befragten Israelis das Vertrauen in den aktuellen US-Präsidenten Joe Biden weitaus geringer ausgeprägt ist als in seinen Vorgänger Donald Trump. Die meisten Beobachter führen dies im Wesentlichen auf Trumps Entscheidung zurück, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen. (tb)

3 EU setzt einige „Russland-Sanktionen“ aus

Von den westlichen Medien wurde bisher kaum berichtet, daß man sich in der Europäischen Union schon wieder auf die einstweilige Nichtanwendung einiger erst im Juni verhängten „Russland-Sanktionen“ verständigt hat. Es geht dabei im Wesentlichen um die Handelsbeziehungen europäischer Ölunternehmen mit ihren russischen Partnern, hier insbesondere den staatlichen Ölkonzern Rosneft. Grund für diesen Teilerückzug waren Befürchtungen, nach denen zu umfangreiche Sanktionsmaßnahmen zu einem zu starken Rückgang des internationalen Ölangebots und damit zu deutlich steigenden Preisen führen dürften.

Laut einer Stellungnahme des Europäischen Rats geht es insbesondere darum, bestehende Zahlungsverbote für Transportleistungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Öl in Drittstaaten einstweilen wieder aufzuheben. Zunehmend unklar wird damit auch, wie es mit dem von der Europäischen Union im Rahmen des „Sechsten Sanktionspaketes“ beschlossenen Verbots der Versicherung von Tankern weitergehen kann, die russisches Öl transportieren. Eine eventuelle Änderung könnte sich hier am Beispiel Großbritanniens orientieren, das ein derartiges Verbot nur für Lieferungen russischen Öls nach Großbritannien vorsieht, aber nicht in Drittstaaten.

So oder so bleibt die Frage, wie es nun nach dem 5. Dezember weitergehen kann, wenn bei den europäischen Sanktionsmaßnahmen die letzten Ausnahmeregelungen eigentlich auslaufen sollen und Großbritannien sich der europäischen Linie weitgehend anschließen möchte. Schon jetzt ist in dieser Frage aus Washington ein gewisses „Bremsen“ zu spüren. Ein Fortbestehen des Versicherungsverbots, fürchtet man nun auch in den USA, könnte z.B. zu einer gefährlichen Verknappung des Ölangebots führen, deren Folgen man auch seitens der USA offenbar nicht zu spüren bekommen möchte. Bevor man derartige Sanktionsmaßnahmen aufrechterhält, heißt es hinter noch vorgehaltener Hand aus Washington, sollten sich die weltweit wichtigsten Energieimporteure lieber auf einen „Preisdeckel“ für russisches Öl und Gas einigen. Doch dies wäre ein Unterfangen, das die meisten Beobachter für derzeit kaum realisierbar halten. (tb)

4 Brüssel plant Zugriff auf die Notvorräte der einzelnen EU-Staaten

Die sommerliche Ruhe im Brüsseler Europaviertel täuscht. Hinter verschlossenen Türen entwickelt ein neues „Krisenwerkzeug“ Potential für einen handfesten Krach zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Präsentieren wird das neue „Krisenwerkzeug“ EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, wenn sie am 13. September vor dem EU-Parlament eine Rede zur Lage der Union halten wird. Das neue Kriseninstrument wird den Namen „Single Market Emergency Instrument“ tragen und soll die Rechtsgrundlage für eine europaweite Verteilung der von einzelnen EU-Staaten angelegten Notvorräte bilden. Brüssel möchte damit Zustände vorbeugen, die zu Beginn der Corona-Pandemie herrschten, als in einigen EU-Ländern akuter Mangel an medizinischem Gerät und Material bestand, während dieses in anderen Ländern einstweilen nicht gebraucht wurde.

Bahnt sich eine Krise an (z.B. Pandemie, Umwelt- oder Naturkatastrophe oder kriegerische Auseinandersetzung), soll eine Warn-Ampel zunächst auf „Gelb“ springen. Dann, aber auch erst dann, sollen die EU-Mitgliedsstaaten zum Anlegen strategischer Vorräte angehalten werden. Verschärft sich die Lage, springt die Ampel auf Rot. Dann könnte Brüssel regelnd eingreifen und die insgesamt vorhandenen Vorräte auf die einzelnen Mitgliedsstaaten verteilen. Dann könnte auch in die Wirtschaft regelnd eingegriffen werden, indem man z.B. einzelnen Betrieben vorschreibt, bestimmte Kunden bei den Lieferungen zu bevorzugen.

Offiziell soll dieses Kriseninstrument eine möglichst lange Aufrechterhaltung des freien Binnenmarktes unterstützen. Doch aus einer ersten Anhörung im April wurde aber auch der Wunsch deutlich, damit im Notfall einen besseren Überblick über die von den einzelnen Staaten angelegten Reserven und Produktionsmöglichkeiten zu bekommen. Die höhere Transparenz, hofft man in Brüssel, würde dann auch mehr Argumente für eventuelle, regelnde Eingriffe liefern. Das Ganze ist zwar erst ein Vorschlag, doch die Ideen der EU-Kommission liegen damit auf dem Tisch. Nun bleibt abzuwarten, inwieweit die Staats- und Regierungschefs der einzelnen EU-Länder bereit sein werden, der EU-Kommission das Vorrecht einzuräumen, knappe Güter im Ernstfall nach eigenem Gusto in der ganzen Europäischen Union zu verteilen. . . ? (tb)

5 Datenlösch-Aktionen: Gestern Berlin, heute Brüssel?

Schon als sie noch Bundesverteidigungsministerin war, fiel Ursula von der Leyen (CDU) – beziehungsweise deren Umfeld – damit auf, mit umfassendem Datenlöschen das eine oder andere brisante Dokument verschwinden zu lassen. Offiziell habe es im Zuge des damaligen „Bundeswehr-Berater-Skandals“ zwar keine gezielten Datenlösch-Aktionen gegeben. Gleichwohl fiel auf, daß vielleicht entscheidende Dokumente plötzlich nicht mehr greifbar waren. Wenig später wurde von der Leyen noch von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Brüssel in die EU-Kommission fortgelobt.

Dort fiel nun auf, daß wichtige Kurznachrichten (SMS), die von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin mit dem Chef des Pharmakonzerns Pfizer, Albert Bourla, austauschte, ebenfalls verschwunden sind. Es geht dabei um Fragen im Zusammenhang mit Corona-Impfstoff-Bestellungen in Milliardenhöhe. Dies geht nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“ jedenfalls aus einer Antwort der EU-Kommissarin für Transparenz, Vera Jourova, auf einen von der EU-Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly geäußerten Verdacht hervor. Es geht um SMS-Kurznachrichten, die von der Leyen mit Bourla im Zusammenhang mit einer Bestellung von 1,8 Milliarden Corona-Impfdosen mit einem Bestellwert von annähernd 20 Mrd. € ausgetauscht haben soll.

Die „Transparenz-Beauftragte“ Jourova sprach beschönigend von „kurzlebigen, flüchtigen“ Dokumenten, die „keine wichtigen Informationen“ enthielten und die deshalb gelöscht worden seien. Gleichwohl habe man nach den SMS-Dokumenten gesucht, dies allerdings ergebnislos.

Was in Berlin funktionierte, dieser schlimme Verdacht drängt sich jedenfalls auf, sollte auch in Brüssel gutgehen. . . . (tb)

6 Zunehmender Gegenwind für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Eine mutmaßliche Vetternwirtschaft und auffällige Privilegien für die inzwischen zurückgetretene ARD-Chefin und RBB-Intendantin Patricia Schlesinger fochten die seit längerem schwelende Debatte über die Sinnhaftigkeit des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks spürbar an. Es geht um Geld und um Strukturen gleichermaßen und der Vergleich mit beispielsweise Frankreich und Großbritannien zeigt, daß deutliche Aderlässe durchaus möglich sind, ohne die „Qualität“ der öffentlich-rechtlichen Programme spürbar zu beschneiden. Die Affäre Schlesinger, in die sich längst auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet hat, wirkt sich bereits auf die ganze öffentlich-rechtliche Rundfunklandschaft Deutschlands aus. Nicht nur der RBB steht vor einem großen „Aufräumen“ und dem Neustart – es geht längst um ARD, ZDF und Deutschlandradio insgesamt.

Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem steht nicht nur in Deutschland unter Druck. In Frankreich wird gerade dessen Finanzierung neu geordnet, nachdem Präsident Emmanuel Macron in seinem Wahlkampf die Abschaffung der Zwangsgebühren propagierte und das Parlament dies kürzlich auch beschloß. Der Beschluß ist aber noch nicht rechtskräftig, weil einige Parlamentsabgeordnete dagegen den Staatsrat anrufen haben. In Großbritannien liebäugelte Ex-Premierminister Boris Johnson ebenfalls mit einer Streichung der Zwangsgebühren und einem Einfrieren der ergänzenden staatlichen Zuschüsse auf dem gegenwärtigen Niveau. Die dortige BBC steht deshalb ebenfalls unter gewaltigem Druck.

Einem hohen Rechtfertigungsdruck sehen sich auch die deutschen öffentlich-rechtlichen Sender insbesondere seit der letzten Beitragserhöhung ausgesetzt. Diese war im vergangenen Jahr durchaus umstritten und der Landtag Sachsen-Anhalts verweigerte seine erforderliche Zustimmung. Erst das von der anderen Seite bemühte Bundesverfassungsgericht ermöglichte schließlich die Beitragserhöhung. Demnächst steht eine neue „Gebührenrunde“ an und die Sender haben sich auf einen immer stärkeren Gegenwind einzustellen. Immer mehr Beobachter und Bürger fragen sich, welches Programm man für jährlich rund 8 Milliarden € Zwangsbeiträge zuzüglich etlicher „Werbemilliarden“ erwarten darf. Hinzu kommt ein zunehmender Unmut über die „Erziehungslust“ der dortigen Medienschaffenden, sei es durch das gequält wirkende Bemühen um eine „gendergerechte“ Sprache oder das Hochjubeln „queerer“ Lebensmodelle. Man fragt sich auch, ob die ARD wirklich rund 60 Rundfunksender betreiben und dreistellige Millionenbeträge für die Übertragung von Sportereignissen ausgeben soll. Es wird jetzt interessant sein zu beobachten, welche Antworten man seitens der Politik auf diese Fragen findet. (tb)

7 Scholz' Luft wird immer dünner

Im Falle des Hamburger „Cum-Ex-Untersuchungsausschusses“ (in dessen Rahmen Bundeskanzler Olaf Scholz am Ende dieser Woche wieder Aussagen muß) ist ungewöhnlich, daß es parallele Ermittlungen der Kölner Staatsanwaltschaft gibt. Aus deren Ermittlungsakten ergaben sich vor allem in jüngerer Zeit immer neue Erkenntnisse, die auch für die Hamburger Untersuchungsausschuß-Mitglieder von hohem Interesse waren und sind. Man denke nur an den kürzlich publik gewordenen Fund von mehr als 200 000 € Bargeld in einem dem früheren hochrangigen SPD-Politiker Johannes Kahrs gehörenden Bankschließfach. Er wird verdächtigt, bei „Cum-Ex“ Beihilfe zur Steuerhinterziehung begangen zu haben. Zur Herkunft des Geldes schwieg er bisher und weil dessen Besitz grundsätzlich nicht strafbar ist, wurde es auch nicht sichergestellt.

Wenig später vermeldete das „Hamburger Abendblatt“, daß jetzt auch dienstliche E-Mails und Kalendereinträge von Scholz durchsucht worden seien. Es geht dabei um das Jahr 2016, als Scholz Hamburger Bürgermeister war und man seitens der „Warburg Privatbank“ darauf hoffte, daß die Hamburger Finanzverwaltung auf die Geltendmachung einer fast 50-Millionen-Forderung verzichtet, weil diese dann verjährt gewesen wäre. Bei seiner ersten Aussage vor dem Untersuchungsausschuß gab Scholz immer wieder vor, sich nicht erinnern zu können. Es geht dabei u.a. um Treffen mit den Bank-Gesellschaftern Christian Olearius und Max Warburg am 7. September und 10. Oktober 2016, die von Kahrs vermittelt worden seien. Scholz soll dabei ein an die Finanzbehörde gerichtetes Schreiben überreicht worden sein, in dem die Banker das Nicht-Handeln der Behörde als rechtmäßig darzustellen versuchten. Und es fehlte auch nicht der Hinweis, daß die Existenz der Bank im Zahlungsfall akut gefährdet würde. Am 9. November soll Scholz nach der derzeitigen Aktenlage Olearius angerufen und ihm geraten haben, dieses Schreiben ohne weitere Anmerkungen an den Hamburger Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) zu senden, der Scholz nach dessen Wechsel nach Berlin im Bürgermeisteramt folgen werde. Nur wenige Tage später teilte die Finanzverwaltung der Bank mit, daß man auf die Geltendmachung der Forderung verzichten würde . . .

Mit einer Bank-Insolvenz soll Olearius Scholz auch schon vorher „gedroht“ haben. Scholz will sich an dieses und viele Details nicht mehr erinnern können. Für einen Mann, der aktuell die Bundesregierung führt, wäre dies aber nicht nur verwunderlich, sondern geradezu bedenklich. Für den Bundeskanzler wird von daher die Luft immer knapper. (tb)

8 Deutschland nimmt „Mittelmeer-Migranten“ aus Italien auf

Nachdem sich am 10. Juni dieses Jahres 21 EU-Staaten auf eine angeblich fairere Verteilung von Bootsmigranten verständigt hatten, berichteten italienische Stellen jetzt von ersten konkreten „Hilfsmaßnahmen“ durch Frankreich – und Deutschland. Zu der „neuen Solidarität“ zählen u.a. die Aufnahme von an südlichen Mittelmeerstränden angelandeten „Bootsflüchtlingen“ und/oder Geld- und Sachleistungen.

Im Verlauf dieses Jahres ist die Zahl der an italienischen Stränden angekommenen Menschen wieder deutlich gestiegen. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres waren es bereits rund 42 000 Menschen gegenüber 30 000 im Vorjahreszeitraum. Angesichts der in Italien anstehenden Neuwahl haben die Mitte-Rechts-Parteien bereits versprochen, im Falle eines Wahlsieges ein deutlich härteres Vorgehen gegen „Einwanderer“ einzuschlagen. Die in den aktuellen Umfragen führende Giorgia Meloni von der Partei Fratelli d'Italia regte bereits an, zukünftige „Flüchtlinge“ möglichst schon in nordafrikanischen Lagern abzufangen . . . (tb)

9 Die Schuld der Zentralbanker

Künftige Historiker dürften kein gutes Wort über die Geldpolitik der letzten Jahre verlieren. Statt „den Ukrainekrieg“ zum Sündenbock zu machen, werden sie bei den aktuell Verantwortlichen eher Geschichtsblindheit, Naivität und wohl auch Verantwortungslosigkeit ausmachen. Denn schon jetzt ist klar, daß die Zentralbankverantwortlichen der letzten Jahre bei der Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgabe, der Wahrung der Geldwertstabilität, kläglich versagten.

Und wenn in der Vergangenheit die Geldentwertung den Verantwortlichen entglitt, dann litt oftmals auch die bürgerliche Ordnung. Dies beschrieb bereits Stefan Zweig in seinem im Jahr 1942 publizierten Buch „Die Welt von gestern“ sehr anschaulich: „Nichts hat das deutsche Volk – dies muß immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden – so erbittert, so hasswütig, so hitlerreif gemacht wie die Inflation.“ Große Teile des Volks hätten sich dadurch „beschmutzt, betrogen und erniedrigt“ gefühlt.

Natürlich ist die von Zweig angesprochene Hyperinflation der Zwischenkriegszeit nicht mit den gegenwärtig noch vergleichsweise moderaten Inflationsraten zu vergleichen. Doch auch die gegenwärtig anzutreffende Geldentwertungsrate von rund 8 % jährlich führt in weniger als zehn Jahren zu einer Halbierung des Geldwertes! Da wird man es manchem Sparer kaum verdenken können, daß er sich „betrogen und erniedrigt“ fühlt und für manches falsche Heilsversprechen ansprechbar wird.

Die Geldwertverantwortlichen ignorierten wieder einmal den nicht aus der Welt zu schaffenden Grundsatz, nach dem eine über dem Produktivitätszuwachs liegende Erhöhung der Geldmenge langfristig stets zu einer Geldentwertung führt. Denn jede nicht goldgedeckte Währung bezieht ihren Wert einzig und allein aus ihrer relativen Knappheit. Gäbe es Gold wie Sand am Meer, würde es schließlich kaum jemand zur Wertaufbewahrung schätzen. Und auch Künstler wie Andy Warhol kannten und kennen diesen Grundsatz ganz genau. Was sie dazu brachte, die Zahl ihrer Siebdruck-Kunstwerke stets strikt begrenzt klein zu halten.

Diesmal sollte aber alles anders laufen und die Zentralbankverantwortlichen betonten gerne, daß man inzwischen über Möglichkeiten verfüge, überschüssiges – und damit inflationär wirkendes – Geld schnell wieder abzuschöpfen. Was auch immer diese Instrumente gewesen sein mögen, kann dahingestellt bleiben. Denn sie wurden nicht eingesetzt. Die Schuld daran tragen die „Zentralbanker“ zusammen mit den politisch Verantwortlichen. Weil Politiker (kurz und zugegebenermaßen etwas zynisch formuliert) immer Geld brauchen, machten sie parteiübergreifend über Jahre hinweg ihre Einflüsse geltend und verhinderten so eine ausreichende Straffung der Geldpolitik.

Beispielsweise die Europäische Zentralbank (EZB) bagatellierte unter ihrer Präsidentin Christine Lagarde („Madame Inflation“) über Jahre hinweg die akuten und wachsenden Geldentwertungsgefahren. Noch während die Teuerungsrate im Euroraum steil in die Höhe gingen, drängte Lagarde auf die Erhebung immer neuer Daten bevor man seitens der EZB ein Gegensteuern in Erwägung hätte ziehen wollen. Die frühere französische Finanzministerin nährte damit den bis heute nicht ausgeräumten Verdacht, daß ihr günstige Zinsen für die höchstverschuldeten Euro-Staaten – darunter ihr Heimatland – offenbar wichtiger seien als niedrige Geldentwertungsraten. Und auch für ihren aus Italien stammenden Amtsvorgänger Mario Draghi dürfte man von Ähnlichem ausgehen.

Dieses Geschehen der letzten Jahre zeigt deutlich, daß eine formelle Unabhängigkeit der Zentralbank nichts nutzt, wenn an deren Spitze der Wille fehlt, diese auch im Sinne des Zentralbankauftrags (Sicherung der Geldwertstabilität) zu nutzen. Kluge Geldpolitik hätte darin bestanden, die – sinnbildlich – überhitzten Gemüter schon dann abzukühlen, wenn deren „Party“ noch in vollem Gange ist. Damit hätten sich die Zentralbankverantwortlichen zwar in den Augen der meisten Politiker (und auch einiger Investoren) zum „Spielverderber“ gemacht. Doch sie hätten Millionen sogenannter „kleiner Leute“ vor dem teilweisen Verlust ihrer Ersparnisse bewahrt! (tb)

10 Das „Gas-Sparen“ hat längst begonnen

Es ist auf den ersten Blick paradox: Die für Europa wichtigen Gaslieferungen durch die North Stream1-Pipeline bleiben auf 20 % reduziert – was unsere Politiker zu den schrecklichsten Warnungen für den kommenden Winter veranlaßt – und gleichzeitig steigen die Pegelstände in den Gasspeichern beständig. Inzwischen sollen hier rund 70 % erreicht sein. Es sind Zahlen, die scheinbar nicht zusammenpassen, wenn man nicht das im Folgenden grundsätzlich Beschriebene weiß:

Zum einen wird offiziell nicht offen kommuniziert, daß der private Gasverbrauch – um wetterbedingte Einflüsse bereinigt – seit März dieses Jahres bereits um rund 10 % zurückgegangen ist. Noch größere Gas-Sparpotentiale nutzt bereits die Industrie. Das BASF-Werk in Ludwigshafen hat z.B. rund 15 % seines bisherigen Gasverbrauchs durch Ölfeuerung ersetzt. Und ein noch weitaus größeres Sparpotential wird inzwischen durch Produktionsverlagerungen oder den Fremdeinkauf von Vorprodukten erreicht.

Zu nennen ist hier beispielsweise die gasintensive Produktion von Ammoniak, das ein wichtiger Grundstoff für die Düngemittelproduktion ist. BASF – und dem Vernehmen nach auch andere Hersteller – hat diese Produktion bereits weitgehend in das außereuropäische Ausland verlagert. Andere Hersteller folgten diesem Beispiel oder sie kaufen jetzt außereuropäische Fremdprodukte ein. Politisch wäre es nun angeraten, die Einfuhrzölle für Ammoniak zumindest vorübergehend auf Null zu setzen.

Auch in anderen Teilen der Industrie wird schon jetzt massiv Gas eingespart, indem man etwa auf Öl oder (seltener) Strom ausweicht. Vor allem Ölprodukte (und hier insbesondere Heizöl und Diesel) dürften deshalb im kommenden Winter stark nachgefragt bleiben, was eine eventuelle Hoffnung auf in diesem Bereich deutlich sinkende Preise erschwert. Doch dies wäre insgesamt gesehen mit Sicherheit das kleinere Übel, wenn auf diese Weise die befürchteten Produktionseinbußen auf ein Maß beschränkt bleiben könnten, das unserer Volkswirtschaft schon mehrfach widerfuhr und das sie – und damit wir alle – durchaus überstanden hat. (tb)

11

Für Sie aufgelesen:

„St. Martin war kein Linker – er hat seinen eigenen Mantel geteilt . . .“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.